

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

„Diese Föderalismusreform ist nicht zustimmungsfähig!“

Der Verabschiedungstermin im Bundestag muss verworfen werden!

Platz der breiten öffentlichen und demokratischen Diskussion

„Die Dortmunder SPD-Mitglieder haben recht mit ihrem Antrag (s. S. 3), dass der Termin für die Abstimmung über die Föderalismusreform im Bundestag verschoben werden muss. Sollten wir uns nicht an alle Bundestagsabgeordneten der SPD und an den Parteivorstand wenden, um sie über diesen Antrag zu informieren und sie aufzufordern, ihn zu unterstützen?“

Dieser Vorschlag wurde auf der Veranstaltung am 10. Juni in Berlin gemacht, auf der SozialdemokratInnen, GewerkschaftskollegInnen und ArbeitnehmerInnen zusammengekommen waren, um über die Bilanz der Kampagne um den »Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten «Stimmt mit Nein zur Föderalismusreform» zu diskutieren und zu beraten, wie diese Initiative noch in den letzten

Wochen vor der geplanten Abstimmung verstärkt werden kann.

Der Dortmunder Antrag war erst am Morgen der Veranstaltung bekannt geworden. Er ist ein Zeugnis dafür, dass die Ablehnung im ganzen Land gegen diese „Mutter der Reformen“ wächst, je mehr über ihre Inhalte und Auswirkungen zu erfahren ist.

So berichtete ein aktiver Gewerkschaftskollege, dass der DGB als Ganzes diese Debatte viel zu wenig führt, und dass er selbst über die Dimension dieser Reform, von der er auf Treffen der Initiatoren des Offenen Briefes informiert worden sei, überrascht war.

„Kann es sein, dass die ‘größte Verfassungsrevision‘ seit 1949 unter Ausschluss des Volkes und Missachtung der parlamentarischen Demokratie durch die Parlamente gepeitscht werden soll?“, fragte ein Kollege.

„Weisen diese schwerwiegenden Eingriffe in eine Reihe unserer durch die Verfassung verbrieften Rechte nicht darauf hin, dass mit dieser Reform der institutionalisierte Rahmen geschaffen werden soll, der es erlaubt, die Anti-Reformpolitik von Schröder, die Demontage des nach 1945 von der Bevölkerung und den Arbeitnehmerorganisationen aufgebauten Sozialstaats bis zu Ende zu treiben?“, diese Frage wurde von Gotthard Krupp in dem Einleitungsbeitrag aufgeworfen.

Er erinnerte daran, dass unter Schröder diese damals schon betriebene

Reform am Widerstand aus SPD und Gewerkschaften gescheitert ist. Die Große Koalition ist bestimmt durch

Ulla Burchardt (SPD-Bundestagsabgeordnete aus Dortmund) erklärt: „Die Reform im jetzigen Zustand ist m.E. nicht zustimmungsfähig“, und setzt sich mit der Dortmunder SPD für die Verschiebung des Verabschiedungstermins ein.

Ralf Stegner (Innenminister von Schleswig-Holstein, SPD) fordert in einem Brief an Kurt Beck notfalls die Verschiebung, um die Ergebnisse der Anhörungen zu berücksichtigen.

Die **SPD-Bundestagsabgeordneten Steffen Reiche und Matthias Miersch** haben eine Initiative für eine **komplett neue Verfassung** gestartet.

den Auftrag, die Föderalismusreform durchzusetzen. Wirft das aber nicht die Frage auf, dass die SPD raus muss aus der Großen Koalition, die keinen anderen Auftrag hat, als die EU-Politik umzusetzen, die die Föderalismusreform im Namen des gnadenlosen Wettbewerbsföderalismus gebietet?

Überwiegend waren die Antworten von Abgeordneten auf die Anschreiben mit dem Offenen Brief von den größten Sorgen vor den katastrophalen Folgen der Reform bestimmt, z.B. für das

(Forts. auf S. 2)

Zum Inhalt:

Die Föderalismusreform stößt im ganzen Land auf Widerstand – Beiträge –

Zum ver.di-Tarifabschluss-Länder

**BELGIEN:
Für eine europäische Anklageakte gegen die Politik der EU**

Beamtenrecht und das Tarifvertragssystem, für die Bildung, für den Ladenschluss, das Versammlungsrecht und den Strafvollzug, für die Kinder- und Jugendhilfe, für den Umweltschutz, für das Heimgesetz.

Ein Kollege verwies darauf, dass in der SPD selbst und unter den Abgeordneten der Widerstand wächst, vor allem seit den Anhörungen durch den Bundestag und Bundesrat. So lag der Veranstaltung die gerade erst veröffentlichte Stellungnahme der Abgeordneten der Parlamentarischen Linken (PL) der SPD vor:

„Ohne substantielle Verbesserungen wird es für sehr viele Abgeordnete aus dem Kreis der Parlamentarischen Linken sehr schwer, wenn nicht unmöglich, der Föderalismusreform im Bundestag zur notwendigen Zweidrittelmehrheit zu verhelfen.“

Die Abgeordneten der PL warnen in ihrer Erklärung davor

– dass „der **solidarische Föderalismus** (...), Fundament der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, nicht durch einen Wettbewerbsföderalismus zerstört werden darf, der gesamtstaatliche oder gesamtgesellschaftliche Solidarität erschwert oder gar verhindert“;

– dass „das sog. **Abweichungsrecht** der Länder von der Gesetzgebung des Bundes geeignet ist, das Rechtssystem der Bundesrepublik zu chaotisieren und Deutschland zu einem unüberschaubaren justiziellen Flickenteppich zu machen“;

– dass „das absurde **Kooperationsverbot** (...) die bildungspolitischen Unterschiede zementieren“ wird;



– dass beim **Strafvollzug** ein „Verelendungswettbewerb“ der Länder um den billigsten und härtesten Strafvollzug droht (Sven Schulz/PL);

– dass „**die Bundeseinheitlichkeit der Rahmen von Besoldung und Versorgung im Öffentlichen Dienst**“ gewahrt bleiben muss.

Sozialdemokratische GenossInnen haben jetzt den Vorschlag gemacht, mit **einem Aufruf die Forderung nach „Verwerfung des Verabschiedungstermins“ zu unterstützen, um Platz zu machen für eine breite öffentliche Information und demokratische Diskussion.**

Im Respekt vor der Demokratie

kann und darf die Föderalismusreform, die „größte Verfassungsrevision“ seit 1949, nicht hinter dem Rücken des Volkes und unter Missachtung der parlamentarischen Demokratie gegen die zunehmende Ablehnung im ganzen Land verordnet werden!

Dieser Aufruf soll sich wenden an alle SPD-Abgeordneten, an den SPD-Vorsitzenden Kurt Beck: mit der Aufforderung: **Unterstützt die Forderung nach Aufhebung des Verabschiedungstermins!**

Er wendet sich an alle SPD-Mitglieder, Gewerkschaftskollektiven, an die arbeitende Bevölkerung und Jugend, unterzeichnet und unterstützt die Forderung der Dortmunder SPD:

Verwerfung des Verabschiedungstermins im Bundestag!

Platz für eine breite öffentliche Information und demokratische Diskussion!

Unterstützt die Delegation zur Bundestagsfraktion und zu Abgeordneten der SPD am 19. Juni!

Die Redaktion »Soziale Politik & Demokratie« ruft ihre LeserInnen auf, diesen Aufruf zu verbreiten und die Diskussionen darum in der Zeitung darzustellen.

CARLA BOULBOULLÉ

IMPRESSUM

Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-tägig. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS: 22. 6. 06

Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie
Postfach 120 755; 10597 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62
E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie@t-online.de - Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an diese Adresse schicken. / www.soziale-politik-und-demokratie.de

Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:

Carla Boulboullé, Rainer Döring, Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gottfried Krupp, Volker Prasuhn, Birgit Schöller, Volkmar Schöne, Klaus Schröer, Hans Weigt, Axel Zutz

HerausgeberInnen:

Brandenburg: Bodo Fast
Nordrhein-Westfalen: Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach, Bodo Schoo, Beate Sieweke, Tina Hauptmann
Mecklenburg-Vorpommern: Lothar Hesse
Sachsen: Gaby Hahn, Cornelia Matzke
Sachsen-Anhalt: Karlheinz Gerhold, Axel Bachner, Hans Günther Rinkleib

Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle
Hessen: Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf Schulz, Horst Raupp
Baden-Württemberg: Michael Futterer
Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064
Der regelmäßige Bezug ist nur im Jahresabonnement möglich.
Jahresabonnement (inkl. Porto): 50,- Euro
Ermäßigtes Abonnement: 30,- Euro
In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.
Konto: C. Boulboullé, Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)
Kontonummer: 5629 455 002
V.i.S.d.P.: C. Boulboullé
Postfach 120 755; 10597 Berlin

Die Föderalismusreform stößt im ganzen Land auf Widerstand

Stimmen von SPD-Bundestagsabgeordneten

DIE Ablehnung der Föderalismusreform in der Bevölkerung verschärft sich, je mehr die wirklichen Auswirkungen der Reform bekannt werden und nach außen dringen.

Über 600 ArbeitnehmerInnen, GewerkschaftskollegInnen und SozialdemokratInnen, sowie Mitglieder der Linkspartei und WASG, haben den Offenen Brief an die SPD-Abgeordneten unterstützt: „Stimmt mit Nein zur Föderalismusreform!“

Am 19. Juni 06 wird eine Delegation dieser Initiative bei der SPD-Bundestagsfraktion von Dr. Matthias Miersch, Mitglied im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages für die SPD-Fraktion, empfangen.

Am 16. Juni wird es ein Gespräch mit Ulrich Maurer von der Bundestagsfraktion „Die Linke“ geben.

Innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion entwickelt sich immer mehr Widerstand gegen die Verabschiedung dieser Föderalismusreform.

Vor allem nach den ausführlichen Stellungnahmen des DGB, der zu den Anhörungen von Bundestag und Bundesrat nicht zugelassen war, und den Stellungnahmen der Sachverständigen in den Anhörungen, haben sich immer mehr Abgeordnete der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet, die zum Teil sehr weitreichende Veränderungen verlangen.

In vielen Stellungnahmen wurde

deutlich, dass das im Grundgesetz festgeschriebene Verfassungsgesetz der „Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ mit dieser Reform zerschlagen wird.

In fast allen Stellungnahmen von den SPD-Abgeordneten und den Gewerkschaften wird mit größter Sorge vor den katastrophalen Folgen der Reform gewarnt, z.B. für das Beamtenrecht und das Tarifvertragssystem, für die Bildung, das Versammlungsrecht und den Strafvollzug, für die Kinder- und Jugendhilfe, für den Ladenschluss, für den Umweltschutz, für das Heimgesetz.

Im folgenden veröffentlichen wir einige Auszüge aus Stellungnahmen, mit denen Bundestagsabgeordnete auf den „Offenen Brief“ geantwortet haben.

„Im jetzigen Zustand ist Reform nicht zustimmungsfähig“

Ulla Burchardt (Dortmund) schreibt: „Ich unterstütze Euer Anliegen sehr. Auch ich bin mit vielen Kolleginnen und Kollegen der Ansicht, dass angesichts der Bedeutung und des Umfangs der Verfassungsreform eine breite Debatte notwendig ist und daher ein schneller Abschluss des parlamentarischen Verfahrens nicht angebracht ist (...). (Es) gibt an einigen wichtigen Punkten insbesondere im Bildungs- und Forschungsbereich wesentlichen Änderungsbedarf. Sollten diese Änderungen nicht aufgenommen werden, ist die Reform im jetzigen Zustand m.E. nicht zustimmungsfähig.“

Antrag des SPD-UB-Dortmund

Der SPD-Bundesvorstand und der Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, den angestrebten Termin zur Verabschiedung der Föderalismusreform Ende Juni zu verwerfen und einen neuen Termin zur Verabschiedung anzusetzen. Dieser neue Termin muss soweit in der Zukunft liegen, dass eine breit angelegte Diskussion innerhalb von Parteien, Organisationen und Verbänden über den Entwurf der Föderalismusreform stattfinden kann.

Sie verweist auf einen Antrag des SPD-Unterbezirks Dortmund, „mein Wahlkreis“, der die Verschiebung des Abstimmungs termins fordert, um Platz zu geben

sich durch Anhörung gestärkt

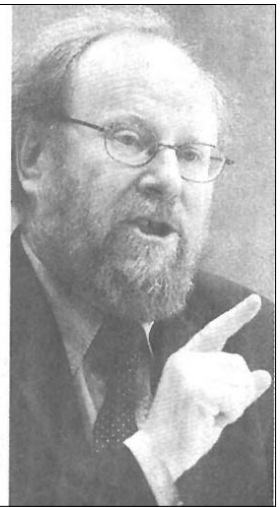
Thierse warnt vor dem Ende der Solidarität

von Joachim Fabian

ABLIN – Das Paket zur Reform des Föderalismus soll verändert werden, wenn die Verfassungsänderung nicht im Bundestag scheitern soll. Vor allem kritische Sozialwissenschaftler sehen sich durch die Kritik vieler Sachverständiger im Anhörungsprozess des Bundestages in ihrer Haltung bestärkt. Die nötige Zweidrittelmehrheit im Bundestag scheint derzeit nicht erreichbar zu sein. Nachdem drei Viertel der Experten gehört wurden, sind die geplanten Neuregelungen zur Hilfspflicht, zum Umweltschutz und zum Strafvollzug, mit denen die Länderkompetenzen geteilt werden soll, umstritten genug. Mit der Föderalismusreform wollen die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Länder die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern klarer regeln und die Zahl der Hochschulmöglichkeiten im Bundesrat verringern. Als wichtiger Parlamentaristiker im Lager der großen Koalition hat sich Bundestagspräsident

CHRISTOPH THIERSE

Frankfurt laut dem Bundestag für die Föderation zuständig sind, die meisten Innen- und die meisten Bundesländer, mit der Präsident der Bundesversammlung, Dieter Engel, für ein großes Problem: „Die Struktur des Bundes würde nicht richtig auf sich selbst abgestimmt.“ Er plädiert für eine neue Konzeption des Bundesreformpakets als im Februar 2006 vorzulegen. Große Interessenkonflikte zwischen den Bundesländern sind zu erwarten. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich durch die Anhörung gestärkt.



für eine breite öffentliche und demokratische Diskussion.

Sven Schulz (Berlin): „Diese Debatte um die Föderalismusreform ist über die Sachfragen hinausgehend zu einer Machtprobe geworden. Doch dabei darf es nicht bleiben. Man kann nicht eine zweiwöchige Anhörung mit über hundert Sachverständigen machen, sich teils einhellig scharfe Kritik anhören, und hinterher nichts ändern. (...) Wer die Reform der bundesstaatlichen Ordnung für nötig erachtet, muss Änderungen des Entwurfs zulassen.“

Joerg Tauss (Baden-Württemberg): „Vielen Dank für die Anmerkungen, die ich weitgehend teile. Offensichtlich liegt bei Euch aber ein Missverständnis vor. Nicht die Bundestagsabgeordneten sind das Problem, sondern die Länderparlamente (...).“ Der Protest gehöre nicht nach Berlin, sondern vor die Landtage.

Mehrere Abgeordnete haben die Stellungnahme der Parlamentarischen Linken im deutschen Bundestag (SPD) mitgeschickt.

Darin heißt es u.a.: „Der solidarische Föderalismus war bisher ein Fundament der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, dieses Fundament darf nicht zerstört werden durch einen Wettbewerbsföderalismus, der gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Solidarität erschwert oder gar verhindert.“

Ergibt sich nicht aus der Vielzahl der in den Stellungnahmen geäußerten größten Sorgen und Bedenken die Notwendigkeit, die Föderalismusreform abzulehnen und den Antrag des Dortmunder Unterbezirks der SPD auf eine Verschiebung des Termins zu unterstützen, um breiten Raum für eine öffentliche demokratische Diskussion zu geben?

Gotthard Krupp

DGB: »Kompetenzverlagerung – zurück zu den Zeiten Konrad Adenauers

Die Länder wollen alle Rechtsgebiete, die unmittelbar Einfluss auf die Bezahlung der Beamtinnen und Beamten haben, ohne „Eingemischung“ des Bundes selbst regeln können. Zugleich versuchen sie gegenwärtig, den Flächentarifvertrag im öffentlichen Dienst auszuhebeln, mindestens aber Öffnungsklauseln durchzusetzen, wie es sie im Dienstrecht bereits gibt. **Der Wunsch nach Föderalisierung ist ausschließlich einer unkontrolliert um sich greifenden Kürzungspolitik geschuldet, die sich keinerlei Gedanken über moderne Strukturen und langfristige Perspektiven staatlichen Handelns macht.**« (aus: Stellungnahme des DGB zur Föderalismusreform anlässlich der Anhörung im Rechtsausschuss, von der die Gewerkschaften ausgeschlossen wurden.)

HESSEN: Mobilisierung gegen die Studiengebühren – Nein zur Föderalismusreform

Anlässlich des Widerstands der StudentInnen gegen die Einführung der Studiengebühren in Hessen haben sich Frankfurter GewerkschafterInnen und Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) mit einem Brief an die Studierenden der Frankfurter Universität gewandt. Die Reaktion war sehr positiv. Es wurden verschiedene Vereinbarungen mit Vertretern der StudentInnen getroffen. Ein Student: „Wir diskutieren auch über die Bedeutung der Föderalismusreform – aber darüber informiert keiner.“

Die GEW Frankfurt hat daher auf ihrer letzten Vorstandssitzung beschlossen, gemeinsam mit den Studierenden, aber auch den SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern eine Veranstaltung zu „Bildung und Föderalismusreform“ noch vor der Abstimmung im Bundestag durchzuführen. Die Regierung Koch in Hessen ist Vorreiter im eigenen Bundesland: Nachdem Koch seit 2004 die Arbeitszeiten auf 42 Stunden raufgesetzt und die Sonderzuwendungen für die Beamten gekürzt hat, nimmt er jetzt nicht nur mit der Einführung allgemeiner Studiengebühren, sondern auch mit der Zersetzung des Lehrersstatus die Föderalismusreform vorweg. Um diese Politik umzusetzen, ist er einer der vehementesten Verfechter der Föderalismusreform.

Dagegen richtet sich die Entscheidung der hessischen GEW, gemeinsam mit dem Landeschülerrat und der Landesastenkonzferenz eine **Großdemonstration am 28. Juni 2006** in Wiesbaden vorzubereiten.

Wenn es gelingt, die Schüler, Eltern und Lehrer gemeinsam mit den Studierenden gegen die Politik der Regierung Koch zu mobilisieren, kann das zu einem großartigen Erfolg gegen die Föderalismusreform werden.

Auszüge aus dem Brief der GewerkschafterInnen und Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) an die Studierenden der Frankfurter Universität:

Liebe Studentinnen und Studenten,
wir sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Mitglieder der Gewerkschaften und auch Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD. Wir konnten teilweise selbst an Universität, Fachhochschule und drittem Bildungsweg ohne Gebühren studieren. Wir wissen, was es bedeutet, wenn man heute zu den hohen Verwaltungsgebühren noch 500 bzw. 1.500 Euro Studiengebühren zahlen muss.

Aus diesem Grunde treten wir in unseren Organisationen gegen die Einführung von Studiengebühren ein. In den Gewerkschaften vertreten wir so wie der Grundsatz der Hessischen Verfassung, kostenfreie Bildung für alle! Auch in der SPD haben sich die Parteitage gegen die Einführung von Studiengebühren ausgesprochen. Die SPD in Hessen plant eine entsprechende Unterschriftenaktion.

Wir sind der Meinung, dass das, was die Studierenden mit der Einführung der Studiengebühren erleben, nicht isoliert

gesehen werden kann. Wir möchten Euch darauf aufmerksam machen, dass dies mit der akut diskutierten Föderalismusreform und der Politik der EU zu tun hat. Die Einführung der Studiengebühren ist genauso wie die Zerstörung des Lehrerberufs im Rahmen der „Unterrichtsgarantie plus“ von Koch und Wolff eine Vornahme der Föderalismusreform, die zu einem Wettbewerbsföderalismus Land gegen Land, Kommune gegen Kommune, Schule gegen Schule, Universität gegen Universität im Rahmen der von der EU vorgegebenen „Offenen Marktwirtschaft bei freiem Wettbewerb“ führt.

Wir alle sind davon betroffen, lasst uns deshalb gemeinsam über diese Fragen diskutieren. Im Folgenden wollen wir Euch einige Thesen dazu zur Verfügung stellen. Zur Vertiefung könnt Ihr weitere Beiträge erhalten.

i.A. Michael Altmann
(stellv. AfA-Vorsitzender)
Heinrich Becker
(GEW-Bezirksvorstand)

Diskussionsbeitrag von Detlef Bahr (ver.di)

Studiengebühren, Privatisierung der Hochschulen, Bachelorisierung des Studiums: Die Föderalismusreform soll das Recht auf Studium und das öffentliche Hochschulwesen zerstören!

1.500 Euro Studiengebühren für den Master-Studiengang in Hessen!

Diese ungeheuerliche Schröpfung der Studierenden ist der momentane Gipfel der Gesetze in Hessen, Baden-Württemberg, NRW, Bayern und anderen Bundesländern, die Studierenden mittels Studiengebühren zur Kasse zu bitten.

Das Recht auf Studium: Sie sind dabei, es zu zerstören.

Heute ist es die Einführung von Studiengebühren (bis zu 500 Euro für das Bachelor-„Erststudium“), gestern war es die Bachelorisierung des Studiums (ein Projekt, das auf EU-Ebene seit 1999 von fast allen europäischen Regierungen verfolgt wird), d.h. die Einführung von

nichtwissenschaftlichen Studiengängen mit nichtswertigen und nur noch regional gültigen Abschlüssen, die die national gültigen Hochschulabschlüsse Magister, Diplom und Staatsexamen abschaffen. Die Erfahrungen zeigen, dass Bachelor in Berlin nicht gleich Bachelor in Bayern ist, und ein deutsches Bachelor zählt im Ausland so gut wie gar nichts.

Gestern waren es die drastischen Haushaltskürzungen, die die Hochschulen zu massiven Stellenstreichungen und Umstrukturierungen zwangen, was zur Verschlechterung der Lehre führte.

Heute ist es das Diktat der Regierung – auf europäischer und auf Länderebene – ganz im Sinne der Föderalismusreform –, die Universitäten aus der

staatlichen Verantwortung und Finanzhoheit zu entlassen, damit sie zu „unternehmerischen Hochschulen“, zu privaten „Dienstleistern“ umgewandelt werden.

Das öffentliche Hochschulwesen: Sie sind dabei, es zu zerstören.

Die Föderalismusreform der Großen Koalition heißt nicht, wie es die Befürworter immer behaupten, eine Stärkung der Länderkompetenz für die Bildung.

Das „Hochschulfreiheitsgesetz“, das die CDU-Landesregierung in NRW durchsetzen will, sieht vor, dass die Hochschulen die alleinige Personal- und

(Forts. S. 5 oben)



Studentendemonstration in Hessen

Finanzhoheit erhalten: jede einzelne Hochschule ist für ihr Wohl allein zuständig. Und das heißt: Die Hochschule als Unternehmen, die an der Spitze ein Management haben soll, natürlich besetzt mit Leuten aus der Wirtschaft, das über die Gehälter des Personals, über die Ausstattung der Studiengänge, über die Anzahl der eingeschriebenen Studenten und über die Höhe der Studiengebühren allein entscheiden kann und soll.

Das NRW-Hochschulgesetz ist die Vorwegnahme der Föderalismusreform im Hochschulbereich: So soll es in allen Bundesländern laufen! Der Staat – auf Bundes- und auf Länderebene –, zieht sich völlig zurück. Damit wird das öffentliche Hochschulwesen zerstört.

Für ein gemeinsames Handeln gegen die Föderalismusreform

Die Proteste der Studierenden gegen die Einführung von Studiengebühren begannen in diesen Monaten, von April bis Juni, nachdem in Hessen, NRW, Bayern, Niedersachsen, Hamburg und Baden-Württemberg per Gesetz allgemeine Studiengebühren für alle ab 2007 beschlossen wurden (i.d.R. bis zu 500 Euro pro

Semester). Am 10. Mai demonstrierten über 6.000 Studierende in Frankfurt/Main gegen die geplante Einführung von Studiengebühren.

In Düsseldorf protestierten ebenfalls im Mai etwa 10.000 Studierende.

Und zum bundesweiten „Protesttag“ gegen Studiengebühren am 31. Mai beteiligten sich mehrere 10.000 Studierende an den verschiedensten Aktionen.

Studierende in Münster besetzten Mitte Mai das Rektoratsgebäude und forderten nicht nur die Ablehnung der Studiengebühren, sondern auch Widerstand gegen das geplante „Hochschulfreiheitsgesetz“.

Die Beschäftigten in den öffentlichen Betrieben, die ihre einheitlichen Tarifverträge und Betriebe vor der Privatisierung oder Schließung verteidigen wollen, Beschäftigte aus Betrieben, die von Schließung und Entlassungen bedroht sind, Gewerkschaftsmitglieder, SozialdemokratInnen wollen die Föderalismusreform nicht, die den Sozialstaat zu zerschmettern droht.

Wir brauchen ein gemeinsames Handeln gegen die Föderalismusreform. Der „Offene Brief“ an die SPD-Bundestagsabgeordneten und die Delegation zu den Abgeordneten wird deshalb auch von vielen Schülern und Studenten unterstützt.

„Wer die soziale Einheit Deutschlands will, muss diese Reform schärfstens ablehnen“

»Ich bedauere es sehr, dass ich nicht an eurer Veranstaltung am 10. Juni in Berlin teilnehmen kann, aber ich musste als DGB-Sekretär einen anderen Termin wahrnehmen.

Ich bedauere das umso mehr, als der Kampf für das Nein zur Föderalismusreform gerade für die ostdeutschen Länder, wie für meine Heimat, Thüringen, zu einer Überlebensfrage wird.

17 Jahre nach dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung unseres Landes erleben wir, wie unsere Länder in einem gnadenlosen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und den radikalsten Sozialabbau zerrissen werden.

Wo soll das noch hinführen, wenn mit der Föderalismusreform die Maastrichter Defizit-Kriterien auch für die Länder und Kommunen ein direktes Diktat werden?

Haushaltskürzungen und Privatisierungen werden zum Verfassungsgebot.

Mit den jüngsten Verschlechterungsmaßnahmen werden die Hartz-IV-Emp-

fänger in unwürdigster Weise kriminalisiert, nachdem sie in die Arbeitslosigkeit gestoßen wurden.

Das lässt uns ahnen, was mit der Föderalismusreform noch auf uns zukommt, eine rasante Beschleunigung der sozialen Demontage...

Vergessen wir nicht, dass es das Prinzip des solidarischen und kooperativen Föderalismus war, das es 1989 erlaubt hat, die deutsche Einheit zu finanzieren, auch wenn bis heute nicht die soziale Einheit verwirklicht werden konnte. Doch was jetzt mit der Föderalismusreform passieren wird, heißt, dass die ostdeutschen Bundesländer kaputt gehen werden, dass der öffentliche Dienst endgültig zerschmettert wird.

Und die Demagogen aus der rechtsradikalen Ecke werden in den Ängsten und Verzweiflungen, aber auch der Wut vieler Menschen und Jugendlichen, ihren Nährboden finden wollen.

Alles muss getan werden, um die Kräfte für das Nein zu mobilisieren, zu

vereinen und ihre Stimme zu verstärken. Wer die soziale Einheit Deutschlands will, muss diese verheerende Reform schärfstens ablehnen. Deshalb erwarte ich insbesondere von meiner Organisation, dem DGB, dass er den breitesten Widerstand mobilisiert und die SPD-Bundestagsabgeordneten auffordert, mit Nein zu stimmen. Die SPD-Bundestagsabgeordneten sind mit dem unmissverständlichen Auftrag der ArbeitnehmerInnen, der GewerkschaftskollegInnen gewählt worden, das Verfassungsgebot der Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse zu verteidigen.

In der Erwartung, dass Ihr Vorschläge beschließen werdet, die unsere Kampagne verstärken können,

wünsche ich Euch eine erfolgreiche Arbeit.<

Mit solidarischen Grüßen
Euer Klaus Schüller
 (stellv. AfA-Landesvorsitzender
 Thüringen)

BEITRAG AUS KÖLN: Diskussion über die Föderalismusreform und Reaktionen auf den Offenen Brief: Der Ton hat sich geändert!

Wir zitieren hier ein Rundschreiben der Kölner Unterstützerinnen und Unterstützer des Offenen Briefs für das Nein der SPD-Bundestagsabgeordneten mit einer Bilanz der bisherigen Initiativen, die es „in und um“ Köln gegeben hat.

»Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben uns zusammen in den letzten Tagen und Wochen für das Nein der SPD-Abgeordneten zur Föderalismusreform eingesetzt, und ich möchte Euch deshalb kurz über das Echo auf unsere Initiative um den Offenen Brief und die Diskussionen über die Föderalismusreform in der SPD berichten.

Vorausschicken möchten wir an dieser Stelle, dass unserem Eindruck nach sich seit dem Ende der Anhörung von „Experten“, die der Bundestag und der Bundesrat gemeinsam durchgeführt haben, die besorgten Stimmen mehren. Mag sein, dass ein Teil dazu vielleicht auch die Art und Weise dieser Anhörungen beigetragen haben, die – wie die GEW z.B. schreibt – streckenweise eher „symbolischen“ Charakter annahmen. „Als Fachleute lud die Länderkammer einen illustren Reigen altgedienter Politiker ein, die sich in ihrem Leben sicher detailliert mit vielen Themen beschäftigt haben – nur eben nicht mit Bildung“, kommentierte die GEW die Anhörungen zum Bildungsbereich.

Stellung genommen haben nach den Anhörungen z.B. die Sprecher der AG Familie, Jugend, Senioren und Frauen oder auch die AG der Juristen in der SPD-Bundestagsfraktion: Alle befürchten einen Wettlauf um die Absenkung der Standards z.B. im Bereich der Heimunterbringung oder beim Strafvollzug. Die Juristen in der Fraktion warnen davor, dass dadurch die Resozialisierung straffällig gewordener Jugendlicher unmöglich gemacht wird.

Auch in Köln hat sich der Tonfall geändert: Wir haben in einer der letzten Ausgaben der »Sozialen Politik & Demokratie« darüber berichtet, dass die Kölner Bundestagsabgeordnete Lale Akgün sich auf einer Versammlung des Ortsvereins zu diesem Thema zunächst sehr „entschlossen“ gezeigt hat, dass die Föderalismusreform ohne Wenn und Aber in der ausgehandelten Form beschlossen werden müsse. Das scheint

sich jetzt etwas geändert zu haben.

Am Mittwochabend, den 7. 6., wurde auf einer Veranstaltung der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten mit dem Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee in einer Rückmeldung von Seiten der Kölner Bundestagsabgeordneten ein Meinungswandel deutlich.

Da der Minister erst verspätet in Köln eintraf, gab es am Anfang der Veranstaltung die Gelegenheit zur Diskussion verschiedener Fragen. Ein Genosse hatte in seinem Beitrag auf die Föderalismusreform hingewiesen. Da die Veranstaltung eigentlich das Thema Stadtentwicklungspolitik zum Gegenstand hatte, stellte er die Frage, ob es in Deutschland künftig noch eine einheitliche Stadtentwicklung geben kann, wenn die Föderalismusreform in Kraft getreten sei. Er verwies dabei auf die Bildung, die ganz auf Länderebene verlagert wird, und auf das Heimrecht, das ebenfalls aus dem Bundessozialgesetzbuch herausgelagert und auf Länderebene verlagert wird. Außerdem machte er deutlich, dass mit der Föderalismusreform das deutsche Grundgesetz an die Wettbewerbsvorgaben der EU angepasst werden soll.

Martin Dörmann antwortete von seiner Seite aus, dass den Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten eben diese Punkte – Bildung und Heimrecht – besonders „schwer im Magen liegen“ würden. Zu befürchten sei eine Wettbewerbspirale nach unten. Das stoße auf die Kritik vieler Fraktionskollegen. Hier seien noch an der einen oder anderen Stelle Verän-

derungen nötig. Er berichtete außerdem, dass der Fraktionsvorsitzende Struck betont habe, es gehe darum, jetzt „aus den Anhörungen zu lernen“.

Martin Dörmann fügte hinzu, dass er die Befürchtung teile, durch die Föderalismusreform werde das Verfassungsgebot der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland weiter fallengelassen. Die Kölner Bundestagsabgeordneten „versuchen, das zu verhindern“. „Wir sind hier sehr sensibel!“ Die Verhandlungen über die Föderalismusreform seien allerdings sehr schwierig.

Lale Akgün ergänzte ihn. Sie meinte zwar, dass sie die Gefahr nicht sehe, dass es ausschließlich zu einer Wettbewerbspirale nach unten kommen müsse. Ihr liegt aber vor allem ein Punkt am Herzen, das ist der Bildungsbereich. Es müsse auch weiterhin so bleiben, dass es einheitliche Hochschulzugänge und einheitliche Hochschulabschlüsse gibt. „Es darf in Zukunft kein NRW-Abi oder Meckpomm-Abi geben“, sagte sie.

Auch schon auf der Unterbezirksvorstandssitzung der AfA am 6. 6., der von uns angeschrieben worden war, wurde deutlich, dass die Genossinnen und Genossen viele Bedenken teilen, die im Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten genannt werden. Allerdings sah sich die Kölner AfA nicht mehr in der Lage, unseren Vorschlag aufzugreifen und aus eigenen Kräften vor der Sommerpause noch eine Versammlung mit den Abgeordneten auf die Beine zu stellen.«

Ulla Burchardt und die Sozialdemokraten in Dortmund haben recht:

Wir unterstützen ihre Forderung, dass eine wirkliche Diskussion über die Bedeutung und die Folgen der Föderalismusreform möglich sein muss!

Ulla Burchardt vertritt als Sozialdemokratin einen Dortmunder Wahlkreis und ist Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung im Bundestag. Wir hatten sie angeschrieben, weil ihre Ablehnung des bildungspolitischen Teils der Föderalismusreform in der Presse bekannt wurde.

In ihrer Antwort an uns hat sie auf den Antrag ihres Unterbezirks an den SPD-Landesparteirat am 10. 6. hingewiesen, in dem die Verschiebung des

Abstimmungstermins zur Föderalismusreform gefordert wird (s. S. 3 dieser Ausgabe).

Damit macht der SPD-Unterbezirk Dortmund aber auch klar, dass diese Diskussion bisher nicht stattgefunden hat und eine Verfassungsänderung hinter dem Rücken der Demokratie droht!

Ulla Burchardt und der SPD-Unterbezirk Dortmund haben recht, wenn sie eine Diskussion über die Föderalismusreform verlangen!

„Die Sinnhaftigkeit der Reform steht außer Frage“

(Olaf Scholz, SPD-Fraktionsgeschäftsführer)

TROTZ eines sich abzeichnenden zunehmenden Widerstandes aus der SPD-Fraktion, der sich selbst in Pressemitteilungen artikuliert, bleibt es bei der vorgegebenen Position der Stoiber/Münchener. Das Grundgesetz muss gegen alle Widerstände „europatauglich“ gemacht werden.

Dem folgt die Fraktionsführung um Scholz: „Die Sinnhaftigkeit der Reform steht außer Frage.“ (Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion vom 12. 05. 2006)



Olaf Scholz

Dabei ist klar, dass die „Sinnhaftigkeit“ der Aufteilung von Zuständigkeiten zwischen dem Bund und den Ländern sich erst in vollem Umfang mit dem geplanten 2. Schritt

der Föderalismusreform, der Regelung der „föderalen Finanzbeziehungen“, ergeben wird.

Die Aufhebung des Finanzausgleichs ist die Konsequenz der Beschlüsse, die jetzt nach der „berüchtigten Bastamethode“ durchgedrückt werden sollen und zugleich die Voraussetzung für die weitere Zerstörung des nationalen Rahmens, einschließlich der Zerstörung des öffentlichen Dienstes, der Bildung etc. Im Zentrum steht dabei die Zersetzung des Flächentarifvertrages – nicht nur im öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaften als bundesweit konstituierte Organisationen der Arbeiterschaft sollen dadurch in regional agierende „Sozialpartner“ verwandelt werden.

Die Föderalismusreform ist die Umsetzung des EU-Gebots

Die OECD, in der u.a. die EU-Kommission, wie übrigens auch die USA, Mitglied ist, hat in ihrem jüngsten „Wirtschaftsbericht Deutschland, 2006“ die Große Koalition zu einer umfassenden Reformstrategie aufgefordert.

Die OECD verlangt direkt die Auflösung des solidarischen Finanzausgleichs und fordert: „In einem Bundesland

erwirtschaftete steuerliche Mehreinnahmen werden über den föderalen Finanzausgleich fast vollständig zwischen allen Ländern umverteilt. Die zwischenstaatlichen Finanztransfers im System des Finanzausgleichs sollten so umgestaltet werden, dass die Länder nicht mehr wie bisher indirekt davon abgehalten werden, ihre eigene Steuerbasis auszubauen und die Steuereinzugsverfahren zu verbessern.“

Weiter heißt es in dem Bericht: „Die Haushaltskonsolidierung auf der Ausgabe Seite muss mit Reformen im öffentlichen Sektor verknüpft werden.“

Die öffentlichen Haushalte sollen also über die Ausgabe Seite konsolidiert werden. Der OECD-Bericht („trotz mutiger Reformen bleibt viel zu tun!“) verlangt eine „wettbewerbsfreundlichere Gestaltung der Regulierung der Güter und Dienstleistungsmärkte“, d.h. „beschleunigte Privatisierungen“. „Es bedarf flexiblerer Arbeitsverträge (...). Lohnrigiditäten müssen weiter abgebaut werden.“ „Alle Universitäten sollten zu unabhängigen Einheiten werden und die Möglichkeit bekommen, Studiengebühren einzuführen.“ „Die kostenlose Mitversicherung nichterwerbstätiger Ehepartner in Krankenkassen sollte auslaufen.“

Der Bericht begrüßt die Pläne der Bundesregierung „zur stufenweisen Anhebung des gesetzlichen Rentenalters von 65 auf 67 Jahre“. Kürzungen von Leistungen für ältere Arbeitslose, ein weiterer Abbau des Kündigungsschutzes, eine noch radikalere Fortsetzung der Agenda-Politik Schröders – das ist das EU-Gebot, in dessen Rahmen die Föderalismusreform steht.

Entsprechende Pläne gibt es für alle europäischen Länder.

„Strategische Leitlinien der Gemeinschaft für den Zeitraum 2007-2013“

Die „dringend“ erforderliche „grundlegende Reform der föderalen Finanzbeziehungen“ steht in direkter Verbindung zu den Vorgaben der EU. Die von der EU-Kommission („Lissabon-Strategie“) geforderte Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit verlangt „strukturelle Reformen“ und eine „Reihe anderer investitionsfördernder Bedingungen (einschließlich der wirksamen Durchsetzung des Binnenmarktes, Verwaltungsreformen, einer guten Governance, eines unterneh-

mensfreundlichen Umfeldes und der Verfügbarkeit von hoch qualifizierten Arbeitskräften).“ („Die Kohäsionspolitik im Dienste von Wachstum und Beschäftigung - Strategische Leitlinien der Gemeinschaft für den Zeitraum 2007-2013“, S. 4).

„Außerdem trägt es zu einer besseren Governance auf allen Ebenen bei, indem die Mitverantwortung für die Lissabon-Strategie auf subnationaler Ebene gestärkt wird und die Akteure sich diese stärker zu Eigen machen.“ (ebenda, S. 8)

Diese „Mitverantwortung“ bedeutet praktisch, dass die Maastricht-Kriterien bis hinunter in die Kommunen einzuhalten sind. Das Ziel ist gleichzeitig verbunden mit der völligen Unterordnung der Demokratie unter die Interessen des Kapitals: Zu schaffen ist eine „öffentliche Verwaltung, die den Verwaltungsaufwand für Wirtschaftsteilnehmer auf ein Minimum reduziert.“ (ebenda, S. 11) Zugleich werden „im Rahmen der beschäftigungspolitischen Leitlinien die Mitgliedstaaten aufgefordert, ... die Entwicklung der Lohnkosten und die Mechanismen für den Abschluss von Tarifverträgen beschäftigungsfreundlich zu gestalten.“ (ebenda, S. 29)

Korporatismus

Welche Rolle den Gewerkschaften in den Regionen – nicht im nationalen Rahmen! – in diesem Prozess zufällt, ist klar definiert: „Den Regionen wird empfohlen, Strategien für eine nachhaltige Regionalentwicklung auszuarbeiten und dabei durch einen regelmäßigen, systematischen Dialog mit den maßgeblich Beteiligten einen Konsens über die zu verwirklichenden Ziele zu erreichen. Die Partnerschaft ist für die Ausarbeitung und Umsetzung von Entwicklungsstrategien unerlässlich und beruht auf der Konsultation und Beteiligung der Akteure, wie z.B. der zuständigen Behörden, der Wirtschafts- und Sozialpartner und von Vertretern der Zivilgesellschaft einschließlich Nichtregierungsorganisationen.“ (S. 12)

Die Gewerkschaften sollen als „Akteure“ an der Umsetzung „struktureller Reformen“ etc. nicht nur mitwirken, sondern sich mitverantwortlich für die Umsetzung der EU-Vorgaben machen.

Es wird deutlich, was es bedeutet, das Grundgesetz in Deutschland „europatauglich“ zu machen. - **H.-W. Schuster**

H.-W. Schuster (SPD, AfA-UB-Vorsitzender)

„Wir brauchen die Klärung über den Platz und den Weg in unseren Organisationen“

IN Düsseldorf diskutierten Gewerkschaftskolleg/-innen und AfA-Mitglieder, die den Offenen Brief an die Verantwortlichen und die Bundestagsabgeordneten der SPD, „Stimmt Nein zur Föderalismusreform!“ unterzeichnet hatten, über die Aufgaben, die die Delegation zur SPD-Bundestagsfraktion haben sollte.

Ein Kollege verwies einleitend auf die Forderungen der OECD und erinnerte an den gescheiterten MAI-Vertrag (Multilateral Agreement on Investments), gegen den sich ab Juni 1997 auf Initiative der IAV eine internationale Widerstandsfrente gebildet hatte, und ebenso an die am Nein des französischen und niederländischen Volkes gescheiterte „Verfassung“ der EU. Das MAI verlangte die rigorose Beseitigung aller „Investitionshemmnisse“, d.h. letztlich die Aufhebung aller Rechte der Arbeitnehmer/-innen, insbesondere durch die Zerstörung der Flächentarifverträge als Rückgrat der Gewerkschaften.

Die EU-„Verfassung“, deren Wiederbelebung nun die Aufgabe der Regierung Merkel-Müntefering sein soll, verlangte daneben den „Wettbewerb“ als Verfassungsgrundsatz, so wie die Föderalismusreform den „Wettbewerbsföderalismus“ installieren soll, der, das zeigen die geplanten Änderungen von Beamtenrecht und –besoldung, ebenso der Liquidierung des Flächentarifvertrags dienen soll.

„Doch wäre es soweit gekommen, wenn nicht Bsirske Schily die Hand für die ‚Reform‘ des BAT gereicht hätte? Und zeigen nicht die Abschlüsse der Tarifaueinandersetzungen im öffentlichen Dienst, dass die ‚Föderalisierung‘ des Flächentarifvertrages über den Hebel des TvÖD bereits in vollem Gange ist?“

Diese Fragen müssen verbunden werden mit denen nach dem Platz, den die Gewerkschaften im „Wettbewerbsföderalismus“ einnehmen sollen. Ist es nicht so, dass das klare Nein des DGB-Bundeskongresses, der kaum zur Föderalismusreform diskutierte, helfen könnte, diese „Reform“ zu Fall zu bringen?

In einem Brief an die Vorstände der DGB-Gewerkschaften heißt es vor dem Hintergrund der Analyse der DGB-Stellungnahme (1): „Kann es angesichts dieser Auflistung eine andere Antwort geben, als für das Nein zur Föderalismusreform einzutreten? Wir meinen, alle aufgeführten Punkte sind sehr gewichtige Gründe, die verlangen, dass unsere Organisationen, Ihr als Verantwortliche der Organisationen, im Interesse der Verteidigung der politischen und sozialen Errungenschaften der Arbeitnehmerschaft in Deutschland, insbesondere im Interesse der Verteidigung und Rückeroberung der Flächentarifverträge, Rückgrat der Organisation, die Abgeordneten auffordern: Stimmt mit Nein zur Föderalismusreform!“

Dem DGB-Bundeskongress lagen

„1971 wurde das einheitliche Besoldungsrecht, 1974 das bundesweit geltende Heimrecht und 1977 der Strafvollzug mit seinen national geltenden Standards und Zielen beschlossen. Allesamt stellen diese Gesetze die Umsetzung von Reformzielen der damaligen SPD dar. Die Föderalismusreform kippt jetzt all diese Gesetze. Sie revidiert sozialdemokratische Politik – mit Hilfe führender Sozialdemokraten wie Müntefering.“ (SPD-Genosse in einem Beitrag während einer Diskussionsveranstaltung der Kölner Redaktion von »Soziale Politik & Demokratie« am 19. Mai 2006 in Köln.)

vier Anträge zur „organisationspolitischen Ausrichtung des DGB nach Abschluss der Föderalismusreform“ vor. Erklärte der Bundesvorstand in seinem Antrag (M 001) „der DGB hat gegenüber der Föderalismuskommission mehrfach deutlich gemacht, dass eine Föderalisierung des Dienstrechts abgelehnt wird“, so forderten diese Anträge (Material für den Bundesvorstand) die Schaffung von Strukturen, die die Vertretung der Interessen der Beamt/-innen auf Länderebene durch den DGB sicherstellen sollten.

Damit würde die Föderalismusreform bereits akzeptiert, bevor der Kampf dagegen überhaupt begonnen hat. Die Vorwegnahme der Ergebnisse der Initiative der Großen Koalition kann kein Beitrag zur Verteidigung unserer Organisationen sein.

Wenn dem so ist, bedeutet dies jedoch auch, dass die Unterschrift des ver.di-Vorstandes unter den TvÖD zurückgezogen werden muss.

Die versammelten Kolleg/-innen und AfA-Mitglieder haben deshalb beschlossen, in den Gewerkschaften dafür einzutreten, dass die Diskussion um die Föderalismusreform geführt, der Widerstand gegen die Föderalisierung unserer Errungenschaften, für die Verteidigung des Ziels der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse organisiert und die Konsequenzen für die Wende der Organisationen gezogen werden.

(1) Zum Beispiel bezogen auf das Beamtenrecht, Justiz, Soziales, Finanzen und Haushalt. Der DGB warnt vor einem Wettbewerbsmechanismus, der „zu Lasten der ärmeren Bundesländer geht und der damit dem übergeordneten Ziel der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse zuwider läuft“.

OFFENER BRIEF: An die Verantwortlichen und Mitglieder der DGB-Gewerkschaften in Berlin (Auszüge)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, wir meinen, dass es vorrangige Aufgabe unserer Gewerkschaftsorganisationen ist, alles für die Ablehnung der Föderalismusreform, die die Grundlagen der Demokratie, der sozialen Demokratie in Deutschland zerstören würde, zu tun.

Der DGB schreibt in seiner Stellungnahme, dass er es für „falsch“ hält, dass die Reform „mit großem Zeitdruck“ unter fast völligem Ausschluss der betroffenen Verbände von der Anhörung durch die Parlamente gebracht werden soll. (So war auch der DGB als Dachorganisation der Gewerkschaften in Deutschland bei der Anhörung nicht zugelassen.)

Auch in der SPD wird die Forderung erhoben, den Termin der Verabschiedung Ende Juni zu verwerfen und Raum zu geben für eine breite Diskussion in den Parteien, Organisationen und Verbänden

(Antrag des SPD-Unterbezirks Dortmund).

Wir wenden uns an alle Verantwortlichen und Mitglieder unserer Gewerkschaften: **Fordert die sozialdemokratischen Abgeordneten im Bundestag auf, die Verschiebung der Abstimmung zu unterstützen.**

Der Respekt vor der Demokratie verlangt die breiteste öffentliche und demokratische Diskussion über diese „größte Verfassungsrevision seit 1949“.

Im Respekt vor der Demokratie kann und darf die Föderalismusreform nicht unter Ausschluss und hinter dem Rücken der Bevölkerung sowie gegen die zunehmende Ablehnung durchgezwungen werden.

Berlin, den 13. Juni 2006
Unterschiedet von Berliner GewerkschaftskollegInnen

INTERVIEW mit **Ingo Röser**, ver.di-PR und Vertrauensmann in der Rheinischen Klinik Düren
„Eine weitere Spaltung der Arbeitnehmer und Schwächung der gewerkschaftlichen Basis droht!“



Ingo Röser

schluss zum Tarifvertrag-Länder (TV-L)?

Ingo Röser: Der TV-L erfüllt sicherlich nicht die Forderungen nach Erhalt oder besser Wiederherstellung eines einheitlichen Flächentarifvertrages mit einheitlichen Arbeitsbedingungen für den öffentlichen Dienst.

Deutlich wird das insbesondere bei der Frage der Arbeitszeiten, die in den einzelnen Bundesländern zwischen 38,7 und 39,73 Stunden variieren. Das sind aber nur durchschnittliche Arbeitszeiten. Innerhalb der einzelnen Beschäftigungsbereiche geht diese Spaltung weiter. Die Differenz zwischen den Arbeitszeiten der Kolleginnen und Kollegen wird also noch deutlich höher ausfallen.

Genau hier wird der Hebel der Arbeitgeber sitzen, um den Wettbewerb um die schlechtesten Arbeitsbedingungen in die nächste Runde zu treiben. In Analogie zum TVöD des Bundes und der Kommunen und dem begleitenden Vertragswerk sind auch im TV-L, beispielsweise bei den Jahressonderzahlungen, die entsprechenden Öffnungsklauseln bereits implementiert.

Ich gehe davon aus, dass in naher Zukunft die nächsten kommunalen Arbeitgeberverbände entsprechend in den Ring steigen werden.

Der Anreiz wurde ja bereits durch die erfolgten Tarifabschlüsse mit den sog. intelligenten Arbeitszeitlösungen geschaffen.

In die gleiche Richtung zielen auch die leistungsbezogenen Bezahlungselemente. Zunächst ist das ja eine ganz nette Worthülse. Jedem, der sich darüber hinaus mal den einen oder anderen Gedanken gemacht hat, wie man eine individuelle Leistung bei Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge objektiv und sachgerecht quantifizieren soll, müsste eigentlich klar sein, was sich dahinter

für ein gefährlicher Unfug verbirgt. Im Ergebnis kann es nur zu mehr oder weniger formalisierten Nasenprämien mit allen negativen Begleiterscheinungen kommen.

Zusammenfassend wird dieser neue TV-L nach meiner Einschätzung zu einer weiteren Spaltung der Arbeitnehmer und somit letztendlich zu einer weiteren Schwächung der gewerkschaftlichen Position führen.

Gleichwohl muss bei einer Bewertung des Tarifabschlusses aber auch der irrsinnige Druck beachtet werden, dem die Kolleginnen und Kollegen der Landesbetriebe und speziell der Universitätskliniken in NRW während ihres 14-wöchigen Streiks ausgesetzt waren. Ich erinnere nur an die Privatisierungsdrohungen im Klinikum Aachen.

Dazu gehört die genauso beispiellose wie schon traditionelle pauschale Herabwürdigung der Leistung und Betonung von, praktisch schon lange nicht mehr existierenden, Privilegien der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes durch den Arbeitgeber und seine willfährigen Medien. Entscheidende Weichen sind hier zu einem früheren Zeitpunkt falsch gestellt worden.

Frage: Ein Kollege hat in der letzten Ausgabe der »Sozialen Politik & Demokratie« im Diskussionsforum gesagt: „Wenn mehr gestreikt hätten, hätten wir mehr erreicht.“ Was sagst du dazu, dass der Kommunalbereich und der Bund nicht gleichzeitig mobilisiert wurden?

Ingo Röser: Ich kann dem Kollegen grundsätzlich nur beipflichten und an das eben gesagte anknüpfen.

Die harsche Reaktion des Landschaftsverbandes Rheinland auf den Aufruf der Kölner ver.di-Kolleginnen und -Kollegen zu einem Solidaritätsstreik zeigt, wie empfindlich die Arbeitgeber an dieser Stelle sind. Genau hier hätte ihrer bis dato sehr erfolgreichen Politik der schrittweisen Spaltung und des gegeneinander Ausspielens der Arbeitnehmer etwas entgegen gesetzt werden können.

Frage: Die Zersplitterung der Tarifverträge wird durch die öffentlichen Arbeitgeber über die Ausgründung von Teilen des öffentlichen Dienstes organisiert. So wurden die Unikliniken zu Anstalten des öffentlichen Rechts umgewandelt. Welche Rolle spielt für dich die Verteidigung der Rheinischen Kliniken gegen die Privatisierung der Rheinischen Kliniken im Zusammenhang mit der Verteidigung des Flächentarifvertrages?

Ingo Röser: Der Arbeitskampf im öffentlichen Dienst ist kein isoliertes Geschehen, sondern ist Bestandteil der derzeit stattfindenden gesamten Erosion demokratischer und sozialer Werte in dieser Gesellschaft.

Die Aktivitäten der politischen Vertretung des LVR bezüglich einer Rechtsformänderung der Rheinischen Kliniken sollen ja der wirtschaftlichen „Fitness“ dienen. Im Klartext heißt das in der Psychiatrie eine Senkung der Personalkosten. Der Personalabbau und die Leistungsverdichtung sind bereits jetzt so weit fortgeschritten, dass da nicht mehr viel zu holen ist.

Es bleibt also die Tariffucht im Rahmen einer direkten oder schrittweisen Privatisierung, beispielsweise durch Ausgründungen einzelner Wirtschaftsbereiche.

Sinn und Zweck eines Flächentarifvertrages liegt aber, wie der Wortlaut schon aussagt, darin, flächendeckend einheitliche Arbeitsbedingungen zu garantieren, d.h. er muss für alle Beschäftigten gelten.

Frage: Die Arbeitgeber, die die ganze Zeit auf eine Zersplitterung des Flächentarifvertrages gesetzt haben, hatten die ganze Zeit die Regierung der Großen Koalition im Rücken, die mit der Föderalismusreform die Aufspaltung des Tarifvertragssystems im öffentlichen Dienst zementieren will. Du hast den Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten unterzeichnet, der das Nein der SPD-Fraktion fordert. Kannst du kurz die Gründe dafür erläutern?

Ingo Röser: Auch hier muss das Geschehen im Kontext des gesamtgesellschaftlichen Geschehens gesehen werden. Wie auch die mit der Föderalismusreform verbundenen zahlreichen Verfassungsveränderungen belegen, ist die Tarifpolitik dabei nur ein kleiner Bestandteil der gesamten Demontage sozialer und demokratischer Errungenschaften zugunsten eines völlig pervertierten Freiheitsbegriffes. Beispielhaft kann hier immer nur die Aufgabe des Grundsatzes der gleichen Lebensbedingungen anhand der Aufgabe der Gestaltungshoheit des Bundes im Bildungsbereich angeführt werden.

Eine Zustimmung der SPD-Fraktion zu diesem Machwerk wäre ein Verrat an sozialdemokratischen Grundsätzen und Traditionen. Welche Existenzberechtigung bliebe einer solchen „sozialdemokratischen“ Partei?

Hans Weigt (ver.di)

Gegen die SPD spitzt sich der Volkszorn weiter zu

BIS ZUR Bundestagswahl im September 2005 galt eine verlässliche Zusage der SPD an das Wahlvolk: Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wird mit aller Konsequenz abgelehnt.

Milliarden Euro würden so zusätzlich den Konsumenten an Kaufkraft verloren gehen, die Arbeitslosigkeit sowohl auch die Armut wird extrem weiter ansteigen. Soweit die guten Ablehnungsgründe der SPD bis zum 18. 9. 2005.

Dass reaktionäre Akteure in der SPD den Ton angeben, ist jedem, der die SPD-Politiker im Bundestag seit Jahren im Visier hat, bekannt. Wählerbetrug betrachten diese Art von Menschen für nur ein Kavaliersdelikt. Umso mehr haben diese Volksvertreter keine Skrupel, die CDU/CSU-Forderung auf Anhebung der Mehrwertsteuer von 2 Prozent gar um ein Prozentpunkt zu überbieten. Dankend nahm selbstverständlich die CDU/CSU das Angebot an.

Nun sind es anstatt 18 halt 19 Prozent Mehrwertsteuer, die von den Volksmassen ab dem 1. 1. 2007 abkasziert werden.

Wer nun auf die SPD-Linke im Bundestag setzte, dass zumindest von ihr einstimmig diesem volksfeindlichen Kuhhandel eine Absage erteilt wird, sieht sich nun arg getäuscht. Denn unter den 393 Ja-Sagern der Abgeordneten im Bundestag sind auch die Namen von Andrea Nahles (SPD) und Heidemarie Wiecek-Zeul (SPD) zu finden. Auch sie haben den Wählerbetrug mit ihrer Zustimmung unterstützt. Auf wessen Personen ist nun eigentlich noch in der SPD-Bundestagsfraktion zu bauen??

Denn man sollte hierbei nicht verkennen, dass der Deutsche Bundestag mit massiver Mithilfe der SPD das größte Steuer-Erhöhungsgesetz seit dem Jahre 1949 am 19. 5. 2006 beschließen konnte.

Den äußerst maroden Bundeshaushalt sollen nunmehr die schon arg gebeutelten ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen und Arbeitslosen mit Zig Milliarden Euro aufpäppeln, die zuvor von der Schröder-Regierung (SPD) den Unternehmen geschenkt wurden. Keine Rede mehr von einer weitgehend aufkommensneutralen Unternehmensteu-

erreform. Ganz im Gegenteil. Der neue SPD-Bundesvorsitzende Kurt Beck gibt gar dem neoliberalen Gedankengut des Bundesfinanzministers Peer Steinbrück (SPD) grünes Licht für die Fortsetzung der steuerlichen Entlastungen der Unternehmen.

Im Berliner »Tagesspiegel« wird es eindeutig bestätigt, dass die SPD unter Führung von Kurt Beck gar in der Koalitionsrunde am 24. 4. 06 den Vorschlag unterbreitet hat, die für 2008 geplante Reform der Unternehmensteuer um ein Jahr vorzuziehen. Steinbrück beabsichtigte, den Satz der Körperschaftssteuer von derzeit 25 auf etwa 16 Prozent zu senken, und für Konzerne, die eh schon Milliarden Euro scheffeln und diese Gewinnmargen in die Spekulation verpulvern, sollte die Unternehmensteuer laut Presseberichten von gegenwärtig 39 auf maximal 30 Prozent gesenkt werden.

Obwohl lt. Bericht der IG Metall allein bei den sieben Metallunternehmen, die an der Börse unter den 30 DAX-Werten gehandelt werden, im vergangenen Jahr der Jahresüberschuss auf 11,4 Milliarden Euro infolge des boomenden Exports gestiegen ist. Profitiert haben davon nur die Aktionäre. Sie strichen eine gestiegene Dividende von den letzten drei Jahren um 19,4 Prozent ein. Das Einkommen der Beschäftigten der großen Sieben ist dagegen um 3,5 Prozent gesunken.

Herrn Steinbrück aber kümmert diese gewaltige soziale Schieflage wenig.

Aufgrund der leeren Kassen in Bund, Ländern und Kommunen lehnte der Koalitionspartner CDU/CSU vorerst dieses unsägliche Vorhaben von Steinbrück ab. Keineswegs immer kann sich also die SPD hinter dem Koaliti-

onszwang verstecken.

Auch der SPD-Fraktionschef Peter Struck macht wieder sehr von sich reden. Laut »Bild am Sonntag« vom 21. 5. 06, wird Struck mit den Worten zitiert: dass seiner Ansicht nach die Regierung die Leistungen für Hartz-IV-Empfänger umgehend kürzen muss, weil eine explosionsartige Vermehrung der Bedarfsgemeinschaften auf derzeit 4 Millionen angestiegen ist. Da es Struck bekannt ist, so die Pressemeldung weiter, dass Taxifahrer, Wachleute und Friseure viel weniger verdienen, als ihnen bei Hartz IV zustehen würde, kann es nicht Sinn der Sache sein.

Thilo Sarrazin (SPD), Finanzsenator des Landes Berlin, schließt sich dieser Auffassung von Struck ohne jegliche Abstriche an und plädiert ebenfalls für eine sofortige Leistungskürzung für Hartz-IV-Empfänger. Soweit die Pressemeldung.

Anstatt gegen Ausbeutung und Hungerlöhne den Kampf anzusagen, wird diese Perfidie nun auch noch gegen die Ärmsten der Armen von SPD-Politikern in einer ganz schäbigen Art und Weise ausgespielt. Billigjobber gegen Arbeitslose.

Derartige Politiker, die den Menschen nun auch noch die Würde rauben wollen, verstoßen grob fahrlässig gegen die verankerten Grundrechte des Menschen und verdienen auch nur noch von der Öffentlichkeit die volle Ächtung.

Wen wundert es da noch, dass sich der Volkszorn gegen die SPD enorm weiter aufgestaut hat. Der letzten Emnid-Umfrage zufolge liegt die Wählergunst bei der SPD nur noch bei maximal 30 Prozent. Na dann, liebe Genossinnen und Genossen, Glück auf, „macht mal weiter so“.

2,1 Milliarden Euro will die Große Koalition 2007 durch das „**Steueränderungsgesetz 2007**“ kassieren.

Die drastischen **Kürzungen bei der Pendler-Pauschale** sollen 1,27 Milliarden Euro bringen.

Die **Absenkung des Sparerfreibetrages** macht rund 630 Millionen Euro aus.

Die **Kürzungen beim Kindergeld** werden ab 2009 zu Mehreinnahmen

des Staates von 691 Mio. Euro führen.

Die **Reichensteuer** lässt ganze 127 Mio. Euro in die Staatskasse fließen! – nachdem die Senkung des Spitzensteuersatzes von 53% auf 42% zwischen 1999 und 2005 den Staat 11 Milliarden gekostet hat, ein Geschenk vor allem an die Reichen.

Michael Altmann (SPD, AfA-Bezirksvorstand, ver.di)

Bewaffneter Einsatz im Kongo: „Krieg der Rohstoffe“

Am 1. Juni hat der Deutsche Bundestag dem „bewaffneten Einsatz“ von 780 Soldaten im Kongo zugestimmt. Damit stehen über 7.000 deutsche Soldaten im militärischen Einsatz „out of area“, d.h. sie verteidigen „deutsche Interessen“ außerhalb des Verteidigungsauftrags des Grundgesetzes.

135 Bundestagsabgeordnete haben mit NEIN gestimmt. Insbesondere Abgeordnete von CDU/CSU.

Begründet wird der Militäreinsatz im Kongo mit der „internationalen Verantwortung Deutschlands für Frieden und Demokratisierung“.

Müssen wir als GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen nicht fragen: Kann überhaupt mit militärischen Mitteln dazu beigetragen werden, das vom Bürgerkrieg geschüttelte und von Warlords kontrollierte Land zu demokratisieren?

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): „Wir haben aber auch ein Interesse daran, dass die Rohstoffe auch von Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland genutzt werden können.“

Und Bundespräsident Horst Köhler (ehemaliger Weltbank-Chef) spricht aus, was viele lieber unter der Decke halten wollen: „Dass wir auch deutsche Interes-

sen identifizieren und einbringen, möchte ich doch sehr hoffen.“... „Auch wir müssen mit vitaler Aufmerksamkeit unsere Energie- und Rohstoffversorgung sichern...“ Es geht um Zugang zu afrikanischem Erdöl im Sudan. Die deutsche Bundesregierung hat im Sudan die „Rebellen“ im Süden des Landes unterstützt. Es kam im Januar 2005 bereits zu einem „Friedensvertrag“, der das Land aufteilt und erlaubt, 2011 den Sudan zu teilen, was bedeuten würde, dass der Nordsudan dann von einer eigenen Ölversorgung abgeschnitten sein wird. Deutsche Unternehmen wollen die Zeit nutzen, um eine Eisenbahnlinie nach Kenia – unter Umgehung des Nordsudan – zu bauen, damit von der kenianischen Hafenstadt Mombasa das Öl verschifft werden kann.

Bisher waren deutsche Soldaten in größeren Zahlen nur an den Randgebieten Afrikas (Horn von Afrika) eingesetzt. Es geht nicht mehr nur um vereinzelte Militärbeobachter im Sudan und Äthiopien/Eritrea. Der Einsatz im Kongo ist das erste größere deutsche Kontingent auf afrikanischem Boden.

In seiner „außenpolitischen Strategie zu Zentralafrika“ verweist das Auswärtige Amt neben anderen Rohstoffen auf die Ölvorkommen in Gabun, Kamerun,

Republik Kongo, Äquatorialguinea, Tschad sowie auf die Demokratische Republik Kongo (vorher Zaire). Im Kongo tobt nach Einschätzung des Auswärtigen Amtes ein „Krieg der Rohstoffe“.

Man muss es klar sagen: Es geht um die Interessen des Finanzkapitals. Deutsche Unternehmen und Banken beteiligen sich an diesem Krieg. SPD-Bundesaußenminister Steinmeier hat auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar darauf hingewiesen:

„Für mich ist klar: Globale Sicherheit im 21. Jahrhundert wird untrennbar auch mit der Energiesicherheit verbunden sein... Und die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, das verstehen Sie, muss sich dieser strategischen Herausforderung stellen. Wir sind ein rohstoffarmes Land.“

Nach Angaben des Auswärtigen Amtes gibt es im Kongo folgende Rohstoffe: Gold, Diamanten, Kupfer, Kobalt, Tantal, Zink, Zinn, Kadmium, Germanium und Wolfram.

Der EU-Außenbeauftragte Solana wertete den bevorstehenden Kongo-Einsatz als Beispiel für die künftigen Aufgaben der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU.

RUMÄNIEN: Neue Nachrichten von den Bergarbeitergewerkschaftern, die im Gefängnis sind

Rumänische Arbeiterkämpfer setzen sich seit 1999 für die Verteidigung der Verantwortlichen der Bergarbeitergewerkschaft ein, die verfolgt werden, weil sie die Märsche der Bergleute nach Bukarest gegen die Privatisierung und Schließung der Bergwerke organisiert haben. Von ihnen haben wir folgende Informationen bekommen.

Am 28. September 2005 hat der Hohe Gerichts- und Kassationshof die letzten Revisionsanträge von Miron Cozma abgewiesen und seine Verurteilung zu zehn Jahren Gefängnis wegen „Untergrabung der Staatsmacht“ bestätigt. Zugleich verurteilte er Constantin Cretan, Romeo Beja, Dorin Lois, Vasile Lupu und Ionel Ciontu zu je fünf Jahren Gefängnis.

Miron Cozma hat bereits 1998 und dann zwischen 1999 und 2005 Teile einer 18-Jährigen Gefängnisstrafe verbüßt. Aufgrund der geltenden Gesetze in Rumänien muss Cozma noch zwei Jahre

Gefängnis in Timisoara (Westrumänien) absitzen. Sein Antrag am Jahresanfang auf Entlassung auf Bewährung (die von allen Gerichtsinstanzen genehmigt wurde) wurde von einem Appellationsgericht abgelehnt.

Bekannte Juristen haben diese Ablehnung als ungesetzlich eingestuft.

Ionel Ciontu, Dorin Lois und Vasile Lupu sitzen in einem Hochsicherheitsgefängnis nicht weit von Petrosani im Schiltal (rumänisches Bergbaurevier, aus dem sie stammen). Ciontu und Lois waren aber auch sehr lange im Gefängnis in Bukarest, weit weg von ihren Familien.

Constantin Cretan, Gewerkschaftsverantwortlicher aus dem Bergbaurevier von Oltenien, sitzt in der Strafanstalt von Tirgu Jiu. Er hat um eine Unterbrechung seines Gefängnisaufenthaltes aus gesundheitlichen Gründen gebeten. Die Ärzte haben festgestellt, dass er größere Herz-Kreislaufprobleme hat, außerdem

leidet er an dem Riss einer Achillessehne, als Folge eines Unfalls im Gefängnis. Die Ärzte haben außerdem festgestellt, dass sich in einem Auge ein ernstzunehmender Grüner Star heranzubildet.

Obwohl das Gericht von Tirgu Jiu zunächst seine zeitweise Freilassung entschieden hatte, erklärte es sich anschließend unter dem Druck von Bukarest für „nicht zuständig, in dem Fall zu urteilen“.

Die rumänischen Arbeiterkämpfer, die für die Freilassung der Gewerkschafter aus dem Gefängnis kämpfen, erinnern erneut daran, dass ihre Verhaftung, Verurteilung und die Gefängnishaft Verstöße gegen die (von Rumänien ratifizierten) Übereinkommen 87 und 98 der Internationalen Arbeitsorganisation IAO sind, weil die Verhaftung und Verurteilung sich gegen die Ausübung ihres Gewerkschaftsmandats richtet.

KORRESPONDENT

BELGIEN • Nach dem rassistischen Mord in Anvers • Elemente des Memorandums über die Europäische Union „Diese Politik muss sofort und dringend gestoppt werden, wollen wir nicht weitere Dramen hier oder anderswo erleben“

Nach dem Zweiten Weltkrieg und seinen Schrecken wollten alle Völker Europas gemeinsam eine Gesellschaft aufbauen, die auf der Entwicklung der sozialen Rechte, der demokratischen Freiheiten und der Solidarität gründet.

Heute befinden wir uns genau in der entgegengesetzten Situation. Die Europäische Union ist nichts anderes als der Rahmen für den gnadenlosen wirtschaftlichen Wettbewerb zwischen allen europäischen Völkern, um überall die „Kosten der Arbeit“ zu senken. Dabei handelt es sich nicht um Wirtschaftswachstum, freie Zusammenarbeit zwischen den Völkern und allgemeine Hebung des Lebensstandards. Den multinationalen Konzernen und den Institutionen in ihren Diensten geht es nur darum, alles aus dem Weg zu räumen, was die Steigerung ihrer Profite behindert. Das ist letztlich der Sinn und Zweck der Europäischen Union.

In Belgien hat der größte Brauereikonkern der Welt, Inbev (dessen Profite ständig steigen), gerade beschlossen, seine Buchhaltung und EDV nach Ungarn und Tschechien zu verlagern, aus einem einfachen Grund: Die Löhne sind dort sehr niedrig (und außerdem wird diese Verlagerung von der EU-Kommission subventioniert). Auf der Berliner Konferenz haben die Kollegen aus Ungarn und Tschechien aufgezeigt, dass sie in keiner Weise die „Gewinner“ bei diesen Verlagerungen sind, weil die dadurch eventuell in ihren Ländern

geschaffenen Arbeitsplätze in keiner Weise die Arbeitsplatzvernichtung durch Privatisierung öffentlicher Betriebe bei ihnen ausgleichen. (...)

• Im öffentlichen Dienst hat man nach dem Zusammenbruch von Sabena (der belgischen Fluggesellschaft) und der Privatisierung aller öffentlichen Banken erlebt, wie in Umsetzung der EU-Beschlüsse (vom 26. Februar 2001 und 16. März 2004) die öffentliche Eisenbahngesellschaft in drei Einheiten zerschlagen wurde, um den Güterzugverkehr ab sofort in den Wettbewerb zu schicken. Das öffentliche Postunternehmen folgt der gleichen Logik in der Umsetzung der EU-Richtlinien vom 15. Dezember 1997 und 10. Juni 2002, und beginnt die Postämter zu schließen. (...)

• Die Arbeitslosen ihrerseits erleiden jetzt nach und nach die Auswirkungen eines sog. „Aktivierungs“programms (festgelegt von der Europäischen Union, das ihnen härtere Sanktionen auferlegt, wenn sie nicht jedes beliebige Jobangebot annehmen. Durch die Sanktionen werden ihnen Leistungen gestrichen. Die integrierten Richtlinien, welche die jährlichen Forderungen der beschäftigungspolitischen Richtlinien aufnehmen, bekräftigen in Zeile 19: „Aktive und präventive Maßnahmen für den Arbeitsmarkt anwenden (...), ständige Anpas-



Anvers (Belgien), am 26. Mai: Schweigemarsch gegen den Rassismus

sung der Anreize und Abschreckungen durch die Systeme der Abzüge und Leistungen, einschließlich der Lenkung und Bedingungen für die Leistungen.“ Die „Bedingungen für die Leistungen“ bedeuten die Pflicht für die Arbeitslosen, jeden Billigjob anzunehmen, sollen ihnen nicht zur Strafe die Leistungen gekürzt oder ganz gestrichen werden.

Die jüngsten dramatischen Ereignisse in Belgien lassen für uns nur folgenden Schluss zu: Diese Politik muss sofort und dringend gestoppt werden, wollen wir nicht weitere Dramen hier oder anderswo erleben.

Die belgischen Delegierten auf der Europäischen Konferenz in Berlin

Ein gemeinsames Memorandum, eine Anklageakte der ArbeitnehmerInnen und Völker gegen die Politik der Europäischen Union ausarbeiten

Ein belgischer Student erklärte im Namen der belgischen Delegation zur Europäischen Arbeitnehmerkonferenz in Berlin (Februar 2006) auf dem nationalen Konvent für die Rückgewinnung der politischen Demokratie, für den Bruch mit der Europäischen Union, am 29. Mai in Paris:

„Anfang Mai wurde Belgien von einem rassistischen Mord erschüttert, der die Menschen im ganzen Land aufwühlte. (...)

Das passiert in Belgien, in Europa, im 21. Jahrhundert. Warum? Niemand bestreitet, dass die Rechtsextremen tagtäglich eine Hasspropaganda verbreiten, mit der sie Belgier gegen Einwanderer, aber auch Flamen gegen Wallonen hetzen wollen. Doch könnten die Rechtsextremen diese Rolle spielen, wenn sie sich

nicht auf die Arbeitslosigkeit und die Verarmung der Mehrheit der Bevölkerung stützen könnten? Und die Ursache dafür ist die gesamte Politik, die von der Europäischen Union und allen Regierungen betrieben wird! (...)

Ist man nicht zu folgender Feststellung berechtigt: Wenn diese Politik der sozialen Zerstörung sich durchsetzen will, muss sie die Einheit der Arbeiterschaft in unserem Lande aufbrechen, d.h. die Einheit zwischen flämischen und wallonischen ArbeitnehmerInnen, zwischen belgischen und eingewanderten ArbeitnehmerInnen. Genauso muss sie alle Völker Europas und der Welt gegeneinander ausspielen und aufhetzen.“

Dieser Delegierte zum Konvent machte den engagierten KollegInnen in ganz Europa, den GewerkschafterInnen

und DemokratInnen den Vorschlag, in jedem Land ihre Anklageakte (Memorandum) gegen die EU-Politik zusammen zu stellen. Weiter sagte er:

„Wir schlagen vor, dass wir gestützt auf dieses Memorandum in den kommenden Monaten eine europäische Delegation mit Mandaten organisieren, die das Memorandum der EU-Kommission in Brüssel überreicht. Wir werden die EU-Kommission fragen: Bestreiten Sie diese Tatsachen, wie lauten Ihre Antworten? Wir schlagen vor, dass wir diese Antworten zusammen mit dem Memorandum allen Arbeitnehmerorganisationen in Europa in Form eines Appells bekannt machen. Das kann es uns erlauben, zu einem vereinten Handeln zu kommen, um gemeinsam diese Politik zu stoppen.“